

Familienname und Vorname
Wohnanschrift

Spätester Abgabetermin: **1. September 2026**

Frau Präsidentin  
des Oberlandesgerichts Bamberg  
- Referendargeschäftsstelle -  
Wilhelmsplatz 1  
96047 Bamberg

**Pflichtwahlpraktikum - Antrag auf Zuweisung zur Ausbildungsstelle**

I.

Für die Ausbildung im Pflichtwahlpraktikum (**01.01.2027 bis 31.03.2027**) und die Zweite Juristische Staatsprüfung habe ich bereits zu einem früheren Zeitpunkt - bei der Abgabe der Erklärungen für die Zulassung zur Zweiten Juristischen Staatsprüfung - das Berufsfeld

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> 1 Justiz                   | <input type="checkbox"/> 2 Verwaltung                                  |
| <input type="checkbox"/> 3 Anwaltschaft             | <input type="checkbox"/> 4 Wirtschaft                                  |
| <input type="checkbox"/> 5 Arbeits- und Sozialrecht | <input type="checkbox"/> 6 Internationales Recht und Europarecht       |
| <input type="checkbox"/> 7 Steuerrecht              | <input type="checkbox"/> 8 Informationstechnologierecht und Legal Tech |

gewählt.

Ich bitte um Zuweisung an folgende Ausbildungsstelle:

Bezeichnung der Ausbildungsstelle <b>und</b> Vor- und Familienname des ausbildenden Rechtsanwalts/Volljuristen/Beamten der 4. Qualifikationsebene mit Amtsbezeichnung
vollständige Anschrift (bei Entsendung durch eine inländische Ausbildungsstelle ins Ausland: Inlands- und Auslandsanschrift)

Die Ausbildungszusage  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

Bei einer Ausbildungsstelle außerhalb des öffentlichen Dienstes:

Die Freistellungserklärung  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

Die Zuweisung soll für den gesamten Zeitraum der drei Monate erfolgen.

Die Zuweisung soll für die Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ erfolgen.

Für die Restzeit bitte ich um Zuweisung an folgende Ausbildungsstelle:

Bezeichnung der Ausbildungsstelle <b>und</b> Vor- und Familienname des ausbildenden Rechtsanwalts/Volljuristen/Beamten der 4. Qualifikationsebene mit Amtsbezeichnung
vollständige Anschrift (bei Entsendung durch eine inländische Ausbildungsstelle ins Ausland: Inlands- und Auslandsanschrift)

Die Ausbildungszeiträume sind in den Ausbildungszusagen entsprechend eingetragen.

Mir ist bekannt, dass bei einer Ausbildung im Ausland und in weiteren Ausnahmefällen (Begründung s. Abschnitt V) zwei Ausbildungsstellen für das Pflichtwahlpraktikum gewählt werden können und hierbei die Mindestausbildungszeit bei einer Stelle einen Monat betragen muss.

Die Ausbildungszusage  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

Bei einer Ausbildungsstelle außerhalb des öffentlichen Dienstes:

Die Freistellungserklärung  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

**Fortsetzung: Seite 2**

## II.

Für die Zeit nach dem Pflichtwahlpraktikum (§ 48 Abs. 3 JAPO) bis zum Ausscheiden aus dem Vorbereitungsdienst (§ 56 JAPO) möchte ich zugewiesen werden

- derselben Stelle, bei der ich das Pflichtwahlpraktikum absolvieren werde.  
(bei zwei Ausbildungsstellen Bezeichnung der Stelle: \_\_\_\_\_).
- folgender Stelle:

Bezeichnung der Ausbildungsstelle <b>und</b> Vor- und Familienname des ausbildenden Rechtsanwalts/Volljuristen/ Beamten der 4. Qualifikationsebene mit Amtsbezeichnung
vollständige Anschrift

Die Ausbildungszusage  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

Bei einer Ausbildungsstelle außerhalb des öffentlichen Dienstes:

Die Freistellungserklärung  füge ich bei.  werde ich nachreichen.  wird von der Ausbildungsstelle übersandt.

## III.

Die Hinweise des Oberlandesgerichts Bamberg zum Pflichtwahlpraktikum habe ich zur Kenntnis genommen.

Mir ist bekannt, dass

- die Wahl des Berufsfelds und der Ausbildungsstelle jeweils nur bis zum Beginn des Pflichtwahlpraktikums und nur aus wichtigem Grund geändert werden kann (§ 48 Abs. 6 Satz 2 JAPO),
- bei einer Ausbildung im Ausland ein Zustellungsbevollmächtigter im Inland, auch für Mitteilungen im Prüfungsverfahren, zu benennen ist und ich für den Antrag auf Erteilung einer A1-Bescheinigung (Bescheinigung über die Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit, die auf den/die Inhaber/in anzuwenden sind - Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009) selbst verantwortlich bin. \*

Die Mitteilung zum Zustellungsbevollmächtigten  füge ich bei.  werde ich umgehend nachreichen.

## IV.

### Bei Wahl des Berufsfelds 1 und einer Ausbildungsstelle außerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg

Ich werde die Arbeitsgemeinschaft 4.1 im Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg besuchen, sofern eine solche stattfindet.

## V.

Bemerkungen

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Rechtsreferendarin/des Rechtsreferendars

\* Entsprechende Vordrucke stehen im Internetauftritt des Oberlandesgerichts Bamberg zum Referendariat zur Verfügung.